
Vorsitz: Spanien**SONDERSITZUNG DES STÄNDIGEN RATES
(694. Plenarsitzung)**

1. Datum: Freitag, 21. Dezember 2007

Beginn: 17.10 Uhr
Schluss: 17.15 Uhr

2. Vorsitz: C. Sánchez de Boado y de la Válgoma

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: **BESCHLUSS ÜBER DIE EINRICHTUNG EINES
OSZE-BÜROS IN ZAGREB**

Vorsitz

Beschluss: Der Ständige Rat setzte für den Beschluss über die Einrichtung eines OSZE-Büros in Zagreb, dessen Wortlaut diesem Journal beigelegt ist, eine Einspruchsfrist fest, die am Freitag, dem 21. Dezember 2007, um 24.00 Uhr MEZ abläuft.

Punkt 2 der Tagesordnung: **BESCHLUSS ÜBER DIE VERLÄNGERUNG DES
MANDATS DER OSZE-MISSION IM KOSOVO**

Vorsitz

Beschluss: Der Ständige Rat verabschiedete den Beschluss Nr. 835 (PC.DEC/835) über die Verlängerung des Mandats der OSZE-Mission im Kosovo; der Wortlaut des Beschlusses ist diesem Journal beigelegt.

Serbien (interpretative Erklärung, siehe Beilage 1 zum Beschluss), Portugal – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Türkei; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien und Montenegro; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Norwegen) (interpretative Erklärung, siehe Beilage 2 zum

Beschluss), Vereinigte Staaten von Amerika (interpretative Erklärung, siehe Beilage 3 zum Beschluss)

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

Keine

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 10. Januar 2008, 10.00 Uhr im Neuen Saal



694. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 694, Punkt 2 der Tagesordnung

**BESCHLUSS Nr. 835
VERLÄNGERUNG DES MANDATS DER
OSZE-MISSION IM KOSOVO**

Der Ständig Rat –

unter Hinweis auf seinen Beschluss Nr. 765 vom 14. Dezember 2006, mit dem das Mandat der OSZE-Mission im Kosovo bis 31. Dezember 2007 verlängert wurde, –

beschließt,

1. das Mandat der OSZE-Mission im Kosovo bis 31. Januar 2008 zu verlängern;
2. am Ende dieser Frist und danach jeweils am Monatsende wird das Mandat um einen weiteren Monat verlängert, sofern kein Teilnehmerstaat dagegen schriftlich beim Vorsitz des Ständigen Rates Einspruch erhebt;
3. sollte das Mandat enden, wird die Mission unverzüglich ihre Schließung in die Wege leiten;
4. gleichzeitig werden Verhandlungen über die Bedingungen eines möglichen weiteren Engagements der OSZE im Kosovo beginnen.

PC.DEC/835
21. Dezember 2007
Beilage 1

DEUTSCH
Original: ENGLISCH

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Serbiens:

„Die Republik Serbien ist der Ansicht, dass das Mandat der OSZE-Mission im Kosovo in der derzeitigen Form mit Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen voll in Einklang steht. Wir gehen daher davon aus, dass die volle und korrekte Bezeichnung dieser Mission OSZE-Mission im Kosovo/Republik Serbien lauten sollte, angesichts der Tatsache, dass Serbien der Rechtsnachfolger der Bundesrepublik Jugoslawien ist, deren territoriale Unversehrtheit und Souveränität in Resolution 1244 bestätigt wurde.

Wir ersuchen, diese interpretative Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates beizufügen.“

PC.DEC/835
21. Dezember 2007
Beilage 2

DEUTSCH
Original: ENGLISCH

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Portugal im Namen der Europäischen Union:

„Herr Vorsitzender,

im Namen der Europäischen Union sowie der Delegationen der Türkei, Kroatiens, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Albaniens, Montenegros, Islands und Norwegens möchten wir die folgende interpretative Erklärung abgeben, die dem Beschluss über die Verlängerung des Mandats der OSZE-Mission im Kosovo beizufügen wäre.

Wir schließen uns dem Konsens zu diesem Beschluss über die Verlängerung des Mandats der OSZE-Mission im Kosovo an, möchten aber gleichzeitig Folgendes betonen:

Wir sprechen der OSZE-Mission im Kosovo erneut unsere Anerkennung für die wichtige Arbeit aus, die sie über ihre Zentrale in Priština und ihre breite Feldpräsenz leistet. Wir sehen für die OSZE weiterhin eine bedeutende Rolle bei der Unterstützung eines friedlichen, demokratischen und multiethnischen Kosovo, in dem die Rechtsstaatlichkeit sowie der Schutz der Minderheiten und des kulturellen und religiösen Erbes uneingeschränkt geachtet werden und ein Höchstmaß an international anerkannten Menschenrechten und Grundfreiheiten gegeben ist.

Wir hatten uns uneingeschränkt dafür ausgesprochen, das Mandat der OMiK bis 31. Dezember 2008 zu verlängern. Dem Konsens zu dem vorliegenden Beschluss haben wir uns nur angeschlossen, um ein Auslaufen des Mandats der OMiK am 1. Januar 2008 zu verhindern.

Wir gehen davon aus, dass der Missionsleiter für die Umsetzung dieses Beschlusses des Ständigen Rates verantwortlich sein wird, unter Berücksichtigung der Gegebenheiten vor Ort und der zu beginnenden Verhandlungen über das weitere Engagement der OSZE im Kosovo. Um die vor uns liegenden Herausforderungen zu bewältigen, wird Flexibilität nötig sein.

Herr Vorsitzender,

ich ersuche, diese Erklärung dem Beschluss beizufügen und in das Journal des Tages aufzunehmen.“

PC.DEC/835
21. Dezember 2007
Beilage 3

DEUTSCH
Original: ENGLISCH

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika:

„Herr Vorsitzender,

die Vereinigten Staaten schließen sich vollinhaltlich der EU-Erklärung an, die wir soeben gehört haben. Wie die Europäische Union sind auch wir der Ansicht, dass die Arbeit der OMiK einen wesentlichen Beitrag zu einem friedlichen und demokratischen Kosovo leistet. Wir möchten insbesondere die unschätzbare Arbeit der OMiK in Bezug auf ethnische Minderheitengruppen hervorheben.

Wir bedauern, dass das Vorgehen der beiden Teilnehmerstaaten, die auf dieser monatlichen Mandatsverlängerung bestanden, jene Instanz gefährdet, die für die Minderheitenbevölkerung im Kosovo der vertrauenswürdigste Ansprechpartner und stärkste Fürsprecher ist. Diese Funktionen der OMiK sind unerlässlich und müssen unabhängig vom endgültigen Status des Kosovo bestehen bleiben.

Die OSZE hat auch eine Verantwortung gegenüber den OMiK-Bediensteten, und die Vereinigten Staaten sind enttäuscht darüber, dass mit diesem Beschluss über eine monatliche Verlängerung für über 700 örtliche Bedienstete und über 200 internationale – unter Vertrag stehende oder entsandte – Mitarbeiter weiterhin Ungewissheit darüber herrscht, ob ihre Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich ersuche, diese interpretative Erklärung gemeinsam mit dem Beschluss in das Journal des Tages aufzunehmen.“



694. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 694, Punkt 1 der Tagesordnung

**BESCHLUSS ÜBER DIE
EINRICHTUNG EINES OSZE-BÜROS IN ZAGREB,
GEGEN DEN BIS FREITAG, 21. DEZEMBER 2007, 24.00 UHR MEZ
EINSPRUCH ERHOBEN WERDEN KANN**

Der Ständige Rat –

unter Hinweis auf die Beschlüsse des Ständigen Rates Nr. 112 vom 18. April 1996 über die Einrichtung der OSZE-Mission in Kroatien, Nr. 176 vom 26. Juni 1997 über deren Erweiterung und Verstärkung, Nr. 271 vom 19. November 1998, Nr. 327 vom 9. Dezember 1999, Nr. 345 vom 23. März 2000, Nr. 396 vom 14. Dezember 2000, Nr. 455 vom 21. Dezember 2001, Nr. 514 vom 12. Dezember 2002, Nr. 578 vom 18. Dezember 2003, Nr. 644 vom 16. Dezember 2004, Nr. 695 vom 17. November 2005 und Nr. 748 vom 23. November 2006 über die schrittweise Verkleinerung der Mission,

in Kenntnis der positiven Lösung noch verbliebener offener Fragen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, etwa der verstärkten staatlichen Finanzierung des Verfassungsgerichts-hofs und der Volksanwaltschaft, sowie der fortlaufenden Umsetzung der im Verfassungsgesetz über nationale Minderheiten vorgesehenen Beschäftigungsgarantien für Minderheiten,

in Kenntnis des letzten Lageberichts (Nr. 18/Ref Nr. FR/0017/07) der OSZE-Mission in Kroatien, in dem die Fortschritte im Bereich der Flüchtlingsrückkehr und Integration beschrieben werden, insbesondere in Bezug auf die vereinbarten Richtwerte für die Umsetzung der Wohnraumbeschaffungsprogramme für ehemalige Inhaber von Wohn- und Mietrechten –

beschließt, die OSZE-Mission in Kroatien zu schließen und ein Büro in Zagreb einzurichten.

Das Büro in Zagreb hat in erster Linie die Aufgabe, die Verfahren im Zusammenhang mit Fällen, die gemäß Paragraph 11 b der Verfahrensordnung und der Beweisregeln des ICTY an Kroatien abgetreten wurden, im Namen der OSZE und im Namen des Anklägers des ICTY im Einklang mit Beschluss Nr. 673 des Ständigen Rates vom 19. Mai 2005 zu beobachten. Im Rahmen der Beobachtung nationaler Verfahren wird das Büro auch alle anderen vom ICTY abgetretenen Fälle beobachten, einschließlich der sogenannten Fälle der „Kategorie II“, sowie alle auf lokaler Ebene eingeleiteten innerstaatlichen Kriegsverbrecher-

prozesse. Das Büro wird auch über noch offene Aspekte der Umsetzung der Wohnungsbeschaffungsprogramme in Kroatien berichten;

in Wahrnehmung seiner Aufgaben wird das Büro soweit erforderlich mit Regierungsstellen sowie mit nichtstaatlichen Organen und Stellen eng zusammenarbeiten.

Das Büro wird Kontakte mit dem Amtierenden Vorsitzenden, dem Sekretariat und den OSZE-Institutionen erleichtern, deren Aktivitäten koordinieren und den Informationsaustausch mit ihnen fördern. Es wird auch mit internationalen und regionalen Partnern zusammenarbeiten.

Das OSZE-Büro in Zagreb wird dem Ständigen Rat regelmäßig über die Umsetzung des Mandats und die Tätigkeit des Büros berichten.

Bei der Berichterstattung sind die Vertraulichkeit der Verfahren und der Schutz der Opfer und Zeugen, wie im Statut und in der Verfahrensordnung und den Beweisregeln des ICTY vorgesehen, sowie die entsprechenden Vorschriften der kroatischen Gerichte uneingeschränkt zu achten.

Das Büro wird seinen Sitz in Zagreb haben. An seiner Spitze wird ein Büroleiter stehen, dem eine angemessene Anzahl internationaler Mitarbeiter, unterstützt durch einheimisches Personal, zur Seite stehen wird, damit die oben erwähnten Aufgaben entsprechend umgesetzt werden. Der Büroleiter hat die Befugnis, nach eigenem Ermessen Personal abzustellen, um Kroatien bei der Erfüllung der unter das Mandat fallenden Aufgaben möglichst effizient zu unterstützen.

Der Ständige Rat beauftragt den Generalsekretär, bis 31. Dezember 2007 einen berichtigten Gesamthaushaltsvoranschlag 2008 vorzulegen, aus dem die finanziellen Auswirkungen der Einrichtung des Büros in Zagreb hervorgehen. Bis zur Verabschiedung eines Beschlusses zu dieser Frage ist das OSZE-Büro in Zagreb ermächtigt, von entsprechenden Ressourcen Gebrauch zu machen, die jedoch nicht über die für die frühere Mission in Kroatien im Gesamthaushaltsvoranschlag 2008 (PC.ACMF/61/07 vom 1. Oktober 2007) vorgesehenen Ressourcen hinausgehen dürfen.

Das Büro wird bis 31. Dezember 2008 bestehen. Verlängerungen und mögliche Abänderungen seines Mandats bedürfen neuer Beschlüsse des Ständigen Rates.

Die Rechte und Pflichten, die für die OSZE-Mission in Kroatien galten, werden vom OSZE-Büro in Zagreb übernommen. Die Rechte und Pflichten der Mission werden daher, soweit sie unter das Mandat fallen, an das Büro übertragen.

Eine Vereinbarung über die Modalitäten des OSZE-Büros in Zagreb wird zwischen der kroatischen Regierung und dem Generalsekretär der OSZE oder dessen bevollmächtigtem Vertreter unterzeichnet werden. Die gegenwärtige Vereinbarung, die am 29. August 1996 zwischen der OSZE und der Regierung der Republik Kroatien geschlossen wurde, bleibt samt den vereinbarten Abänderungen bis zum Inkrafttreten dieser Vereinbarung wirksam und gilt bis dahin auch für das Büro.